

„IM SÜDEN NICHTS NEUES?“ – ANALYTISCHE BETRACHTUNGEN DES KONFLIKTS IN DEN SÜDLICHEN PROVINZEN THAILANDS

Canan Atilgan / Patrick Schneider

Seit inzwischen sechs Jahren wird der historische Konflikt in den südlichen Provinzen Thailands Yala, Narathiwat und Pattani gewaltsam ausgetragen. Er hat bereits über 4.000 Tote gefordert. Der Beginn der Eskalation wird auf den 4. Januar 2004 datiert, als muslimische Jugendliche bei einem Überfall auf eine Kaserne nahezu 400 Maschinengewehre erbeuteten. Seitdem verüben militante Gruppen fast täglich Bombenattentate und Anschläge in den überwiegend malaiisch-muslimisch geprägten drei südlichen Provinzen. Bombenanschläge auf Sicherheitskräfte und staatliche Einrichtungen sowie gezielte Morde an Vertretern des thailändischen Staates wie Verwaltungsmitarbeitern und Lehrern erzeugen eine Spirale der Gewalt. Ziel sind aber auch Muslime, die angeblich mit thailändischen Institutionen zusammenarbeiten. Der Konflikt gehört zu den blutigsten in Südostasien, erlangt aber weder national noch regional oder international die Aufmerksamkeit, die für eine gewaltfreie Konfliktregulierung notwendig wäre.

VERZERTE KONFLIKTWAHRNEHMUNG

Als es zu Beginn des Jahrtausends zu den ersten Gewaltakten kam, neigte die thailändische Regierung unter Thaksin Shinawatra dazu, den Konflikt als lokale Kriminalität einzustufen. Im Jahr 2002 betonte Premier Thaksin, dass es sich nicht um Separatismus oder ideologischen Terrorismus, sondern schlicht und einfach um gewöhnliche „Banditen“ handelt. Diese Beurteilung stellte lange



Dr. Canan Atilgan ist
Auslandsmitarbeiterin
der Konrad-Adenauer-
Stiftung in Thailand.



Patrick Schneider
studiert Politikwissen-
schaften an der Uni-
versität Jena und war
von Januar bis April
2010 im Büro der
Konrad-Adenauer-
Stiftung in Thailand
tätig.

Zeit die offizielle Sicht auf den Gewaltausbruch im Süden dar. Immer wieder verbreiteten Regierungsvertreter die Botschaft von der lokalen Klan- und Handelskriminalität insbesondere in Zusammenhang mit dem Drogenhandel. Innerhalb kürzester Zeit erkannte aber die Regierung Thaksin, dass sie das Gefährdungspotenzial unterschätzt hatte. Die Anschläge wurden systematischer ausgeübt und nahmen dramatische Ausmaße an. Unter dem Eindruck des „global war on Terror“ nach dem 11. September 2001 und seinen Nachwirkungen begann die damalige thailändische Regierung den Aufstand im Süden des Landes als lokale Front des international agierenden islamistischen Terrors darzustellen. Im Januar 2004 wurden die Provinzen Pattani, Yala und Narathiwat schließlich unter das Kriegsrecht gestellt. Der radikale Islamismus stand plötzlich als Ursache im Konflikt in den südlichen Provinzen im Mittelpunkt der Wahrnehmung.¹

Gerade dieser internationale Terrorismus wiederum war der einzige „Tatbestand“, den die Weltöffentlichkeit wahrzunehmen schien. Allein der Blick auf die deutsche Medienberichterstattung hinsichtlich der Vorgänge in Südthailand verdeutlicht, dass allenfalls von einer vagen Wahrnehmung gesprochen werden kann. Das Südproblem Thailands schien allein schon aus Gründen der Entfernung und ihrer „Bedeutungslosigkeit“ im globalen Vergleich unterzugehen.

Es gibt durchaus auch ein nationales Interesse in Thailand an der „Unsichtbarkeit“ des Konflikts: Die thailändischen Regierungen haben in den letzten Jahren erfolgreich die Dramatik der Situation heruntergespielt, vor allem auch um eine „Internationalisierung“ des Konflikts zu vermeiden. Vor diesem Hintergrund konnte eine nicht ganz vorurteilsfreie Konstruktion entstehen, in der durch den Hinweis auf lokale Rivalitäten oder den religiösen Terrorismus von der tatsächlichen Konfliktursache abgelenkt wird.

EIN RELIGIÖSER KONFLIKT?

Thailand ist ein religiös durchaus pluralistisches Land, wenngleich eine gewisse Homogenität nicht zu übersehen ist. 94 Prozent der Bevölkerung bekennt sich zum Buddhismus.

1 | Vgl. S. P. Harish, „Ethnic or Religious Cleavage? Investigating the Nature of the Conflict in Southern Thailand“, in: *Contemporary Southeast Asia*, 28 (2006), Nr. 1, 48-69, hier S. 60

Der Anteil der Muslime wird landesweit mit rund fünf Prozent beziffert. Dabei weisen die Muslime einige kulturelle und geographische Besonderheit auf. Die Muslime lassen sich in drei Gruppen zusammenfassen.² In den drei Provinzen Yala, Pattani und Narathiwat lebt eine malaiische Mehrheit, die sich in ethnischer Hinsicht deutlich von der übrigen thailändischen Bevölkerung unterscheidet. Es wird ein malaiisch ethnisierte Islam praktiziert. Die Muslime in diesen drei Grenzprovinzen im südlichsten Thailand repräsentieren ungefähr 80 Prozent der Gesamtanzahl der Muslime an der thailändischen Bevölkerung. Sie sprechen einen malaiischen Dialekt (Jawi). Die zweite Gruppe der Muslime bilden die thailändischen Muslime, die primär in den Provinzen Satun und Songkla sowie im oberen Süden angesiedelt sind. Schließlich lässt sich noch eine dritte Gruppe identifizieren, die jedoch sowohl geografisch als auch strukturell weitaus differenzierter ist; nämlich die multi-ethnischen Muslime Zentral- und Nordthailands.³ Die dritte Gruppe wird zu großen Teilen von Immigranten dominiert, die im Laufe der Geschichte aus wirtschaftlichen oder privaten Gründen nach Thailand zogen. Dabei sind die letzten beiden Gruppen in keiner Weise in den aktuellen Konflikt verwickelt, sondern der Konflikt begrenzt sich auf die überwiegend malaiisch-muslimisch bevölkerten drei südlichsten Provinzen und einige benachbarte Distrikte in Songkla.

Es gibt durchaus auch ein nationales Interesse in Thailand an der „Unsichtbarkeit“ des Konflikts: Die thailändischen Regierungen haben in den letzten Jahren erfolgreich die Dramatik der Situation heruntergespielt, vor allem auch um eine „Internationalisierung“ des Konflikts zu vermeiden.

Es gibt fünf Provinzen mit einer muslimischen Bevölkerungsmehrheit: Yala, Pattani, Narathiwat, Songkla und Satun. Der Unterschied zwischen den drei erstgenannten und den beiden letzten ist, dass die blutigen Auseinandersetzungen Songkla und Satun nicht betreffen, was gewiss kein geographischer Zufall ist. Vielmehr ist die Begründung der Gewaltlosigkeit in Songkla und Satun darin zu sehen, dass es hier zwar eine Bevölkerungsmehrheit von Muslimen

- 2 | Vgl. Imtiyaz Yusuf, „The Ethno-Religious Dimension of the Conflict in Southern Thailand“, in: Imtiyaz Yusuf und Lars Peter Schmidt (Hrsg.), *Understanding Conflict and Approaching Peace in Southern Thailand* (Bangkok: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2006), S. 169-190, hier S. 171
- 3 | Vgl. Imtiyaz Yusuf, „The Southern Thailand Conflict and the Muslim World“, http://www.bangkokbiznews.com/2006/special/south/pdf/southern_01.pdf [18.02.2010]. S. 9

gibt, aber nur zehn Prozent davon ethnische Malaien sind.⁴ Der Islam als zentrale Religion ist also weder in den beiden Provinzen noch in Bangkok oder im Norden des Landes ein Problem für das Zusammenleben mit den Buddhisten.

Ein weiteres Argument gegen die Deutungshoheit der religiösen Tendenzen im Südkonflikt verbirgt sich auch im Verhältnis zwischen dem Islam und dem Buddhismus. Aus der Begegnung des Buddhismus als Religion oder Weltanschauung mit dem Islam lässt sich aus rein formaler Perspektive betrachtet kein Konfliktpotenzial ableiten. Weder die eine noch die andere Religion verschließt sich gegenüber anderen Weltanschauungen und steht somit einer gegenseitigen Akzeptanz im Wege. Gerade der Buddhismus bietet als sehr individuell-spirituelle Religion mit tolerantem und wenig institutionalisiertem Charakter keine Erklärungsgrundlage für einen religiös motivierten Konflikt zwischen Buddhisten und Muslimen. In Thailand besteht zudem eine ernst zu nehmende Religionsfreiheit, die einen solchen Ansatz ebenso zu marginalisieren im Stande ist.⁵

Auch wenn der Gewaltausbruch nicht in direktem Zusammenhang mit religiösen Beweggründen steht, so spielt die Religion eine zunehmende Rolle im Konflikt.

Aus der Begegnung des Buddhismus als Religion oder Weltanschauung mit dem Islam lässt sich aus rein formaler Perspektive betrachtet kein Konfliktpotenzial ableiten.

Der Islam stellt einen zentralen Identitätsfaktor im Selbstverständnis der malaiischen Muslime dar. In vielen Bereichen ist die ethnische Abstammung mit der Religion vermischt.⁶ Die Religion ist als grundlegender Faktor mit nahezu allen gesellschaftspolitischen und sozialen Bestandteilen des muslimischen Lebens im Süden verbunden, was

4 | Vgl. Joseph Chinyong Liow, *Muslim Resistance in Southern Thailand and Southern Philippines: Religion, Ideology, and Politics* (Washington: East West Center, 2006), S. 26 f.

5 | Vgl. Gotham Arya, „Local Patriotism and the Need for Sound Language and Education Policies in the Southern Border Provinces“, in: Imtiyaz Yusuf und Lars Peter Schmidt (Hrsg.), *Understanding Conflict and Approaching Peace in Southern Thailand* (Bangkok: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2006), S. 17-51, hier S. 24.

6 | Vgl. Imtiyaz Yusuf, „The Ethno-Religious Dimension of the Conflict in Southern Thailand“, in: Imtiyaz Yusuf und Lars Peter Schmidt (Hrsg.), *Understanding Conflict and Approaching Peace in Southern Thailand* (Bangkok: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2006), S. 169-190, hier S. 175.

schließlich zu einer obligatorischen Beteiligung der Religion an der „Verteidigung“ der malaiischen Kultur führt.

Es lassen sich allerdings Entwicklungen und Ursachen zusammenfassen, die dazu geführt haben, dass sich die Religion heute zu einer sehr sensiblen Stellschraube für den Konfliktverlauf im Süden Thailands entwickelt hat: Ethnische Angleichung durch Unterdrückung des Malaiischen, verbreitete religiöse Ausbildung in Ländern wie Malaysia, Indonesien, Ägypten, Saudi-Arabien, Tunesien und Pakistan sowie Nutzung von religiösen Stätten für die Rekrutierung von Militanten.⁷ Grundsätzlich ist ein religiöser Wandlungsprozess in Süd-Thailand, aber auch im gesamten südostasiatischen Raum zu beobachten. Der traditionelle Alltagsislam wird zunehmend von der konservativen Variante des Wahabismus überschattet.

In den letzten Jahren nutzten die Aufständischen zunehmend auch islamistische Symbole und Rhetorik, die eng mit der schleichenden Islamisierung der Gesellschaft zusammenhängen. Es gibt allerdings keine Anhaltspunkte, welche die Behauptung unterstützen, dass der Südkonflikt in Verbindung mit der globalen Dschihad-Bewegung steht. Dafür spricht auch die Tatsache, dass militante Gruppierungen im Süden Thailands, im Gegensatz zu anderen Organisationen wie beispielsweise der indonesischen Jemaah Islamiyah, nach primär geographisch eng begrenzten Zielen agieren und erst durch die modernere Medienberichterstattung regional und international mehr wahrgenommen worden sind.⁸

Grundsätzlich ist ein religiöser Wandlungsprozess in Süd-Thailand, aber auch im gesamten südostasiatischen Raum zu beobachten. Der traditionelle Alltagsislam wird zunehmend von der konservativen Variante des Wahabismus überschattet.

Noch ist es kein Konflikt zwischen muslimischen und buddhistischen Thais, sondern zwischen einer ethnisch-religiösen Minderheit und dem Staat. Allerdings wächst die Spannung zwischen den beiden Religionsgruppen zumindest in den drei südlichen Provinzen. Exemplarisch dafür sind die Anschläge auf Moscheen bzw. auf Tempel.

7 | Vgl. Haris 2004, 58 ff.

8 | Vgl. <http://www.aies.at/download/2009/fuker-suedostasien.pdf> [20.04.2010].

DIE WURZELN SITZEN TIEF – EINE FAKTORENANALYSE ZU URSACHEN UND HINTERGRÜNDEN

HISTORISCHE DIMENSION

Der Konflikt ist nicht erst jüngst entstanden, sondern hat eine lange Geschichte. Die Spannungen verlaufen seit Anfang des 20. Jahrhunderts wie konjunkturelle Zyklen mit Höhen und Tiefen. Zu den ersten gewaltsamen Ausschreitungen kam es, nachdem sich das Königreich Siam das bis dahin unabhängige Sultanat Pattani nach jahrelangem Tausziehen mit der britischen Kolonialmacht 1902 einverleibte. Das 1909 unterzeichnete „Anglo-Siamesische Abkommen“ versprach letztlich die Kontrolle des Sultanats an Siam.⁹ Das ehemalige Sultanat wurde in drei Provinzen unterteilt, in denen heute der Kern des Konflikts lokalisierbar ist: Pattani, Yala, Narathwat. Die Tatsache, dass Patani kein bedeutungsloses Sultanat war, sondern vor allem im 16. und 17. Jahrhundert ein politisch und religiös einflussreiches Zentrum in Südostasien darstellte, sitzt heute noch tief im kollektiven Bewusstsein der malaiisch-muslimischen Bevölkerung in den südlichen Provinzen Thailands.

Besonders exzessiv wurde die Homogenisierungspolitik unter der Regierung von Feldmarschall Phibun Songkram (1938 bis 1944 und 1948 bis 1957) betrieben. Die Kultur Zentralthailands wurde zur Leitkultur erhoben und der Theravada-Buddhismus zur nationalen Religion erklärt.

Die Zentralisierungs- und Assimilierungspolitik der Zentralregierung der 1932 neu gegründeten konstitutionellen Monarchie Thailand erfolgte verständlicherweise auf Kosten der ethnischen und kulturellen Identität der malaiischen Bevölkerung. Thainess war die thailändische Version der Nationalstaatsbildung; ein einheitliches nationalstaatliches Interesse und Denken in Thailand sollte herausgebildet werden, was die Eindämmung von ethnischer, kultureller und sprachlicher Heterogenität zwingend zur Folge hatte. Die drei großen nationalstaatlichen Säulen – Nation, Religion (Buddhismus) und König – hatten uneingeschränkten Vorrang. Zugleich betrieb die Zentralregierung eine Siedlungspolitik, die darauf abzielte, den thailändischen Bevölkerungsanteil zu erhöhen.¹⁰

9 | Vgl. Arya (2006), S. 22.

10 | Vgl. Thanet Aphornsuwan, „Nation-State and the Muslim Identity in the Southern Unrest and Violence“, in: Imtiyaz Yusuf und Lars Peter Schmidt (Hrsg.), *Understanding Conflict and Approaching Peace in Southern Thailand* (Bangkok: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2006), S. 92-127, hier S. 112.

Besonders exzessiv wurde die Homogenisierungspolitik unter der Regierung von Feldmarschall Phibun Songkram (1938 bis 1944 und 1948 bis 1957) betrieben. Die Kultur Zentralthailands wurde zur Leitkultur erhoben und der Theravada-Buddhismus zur nationalen Religion erklärt. Diese Politiklinie der Assimilierung wurde auch von den Nachfolgeregierungen weiterverfolgt. Auf massiven Widerstand der malaiischen Muslime stießen Erlasse wie die Einführung der Schulpflicht mit ausschließlich Thailändisch als Unterrichtssprache, die Aufhebung muslimischer Feiertage, das Verbot des Tragens traditioneller Kleidung in der Öffentlichkeit und das Bestreben, die islamische Rechtsprechung abzuschaffen.¹¹ Diese Erlasse wurden zwar später rückgängig gemacht, allerdings sträubt sich Thailand nach wie vor gegen die Anerkennung der ethnischen und kulturellen Identität der malaiischen Muslime im Süden.

Vor diesem Hintergrund kann der Mangel an kultureller Selbstbestimmung bzw. der sog. „lokale Patriotismus“¹² als wichtigster Faktor für den Konflikt in Südthailand benannt werden. Bereits in den fünfziger Jahren kam es zu Unruhen und Aufständen und es entstanden die ersten bewaffneten Protestbewegungen wie der Kumpulan Melayu Raya (KAMPAR) kurz nach dem Zweiten Weltkrieg, der Barisan Revolusi Nasional Melayu Pattani (BRN) in den sechziger Jahren und der Pattani United Liberation Organisation (PULO) im Jahr 1969.¹³ Insbesondere in den siebziger und Anfang der achtziger Jahre kämpften militante Gruppen für die Abspaltung von Thailand. In den neunziger Jahren flauten die Gewalttätigkeiten ab. Ab 2001 nahmen dann die Anschläge vor allem gegen staatliche Einrichtungen und Sicherheitskräfte wieder zu, die aber gegenüber den anhaltenden Ereignissen seit 2004 jeglichen Vergleichs entbehren.

Der Süden Thailands ist ähnlich wie der hohe Norden von landwirtschaftlicher Produktion geprägt. Die Bevölkerung wohnt meist in kleinen Dörfern mit engen sozialen Netzen und verbindet Familien- und Arbeitsleben miteinander. Technischer Fortschritt und Industrie sind hier wenig bis gar nicht vorhanden.

11 | Vgl. International Crisis Group (ICG), „Southern Thailand. Insurgency, not Jihad“, in: *Asia Report* 98 (Singapur / Brüssel: ICG, 18.05.2005), S. 3.

12 | „Local patriotism is particularly strong when the population speaks another language, practices another religion and has different historical narratives as compared to the national mainstream.“ vgl. hierzu: Arya (2006), S. 17.

13 | Vgl. Aphornsuvan (2006), S. 104.

WIRTSCHAFTLICHE UNTERENTWICKLUNG

Neben dem ethnisch-religiösen Aspekt gehören zu den strukturellen Ursachen des Konflikts auch wirtschaftliche, bildungspolitische sowie rechtliche Faktoren. Die südlichen Provinzen gehören zu den Regionen, in denen der allgemeine ökonomische Fortschritt des Landes kaum ankommt. Der Süden Thailands ist ähnlich wie der hohe Norden von landwirtschaftlicher Produktion geprägt. Die Bevölkerung wohnt meist in kleinen Dörfern mit engen sozialen Netzen und verbindet Familien- und Arbeitsleben miteinander. Technischer Fortschritt und Industrie sind hier wenig bis gar nicht vorhanden. Wie in landwirtschaftlichen Gegenden üblich, ernähren sich die Menschen zugleich von ihrem Erzeugnis, betreiben Hoch- und Tieflandwirtschaft, Fischerei, Waldarbeit und Tierzucht.¹⁴ Aus eben diesen beruflichen und sozialen Lebensverhältnissen entstehen Armut, Aussichtslosigkeit und Schlechterstellung innerhalb der Bevölkerung Thailands.

Darüber hinaus klafft die Einkommensverteilung in den südlichen Provinzen auseinander. Buddhistische ethnische und chinesischstämmige Thais verfügen über ein deutlich höheres Einkommen und Vermögen im Vergleich zu den Angehörigen der malaiischen Minderheit. Während insbesondere buddhistische Thais die Verwaltung besetzen und die chinesisch-stämmigen Thais weite Teile der Wirtschaft kontrollieren, leben viele malaiische Muslime mit oft geringen Einkommen von Landwirtschaft und Fischfang.

Ein Vergleich mit benachbarten Provinzen mit ähnlicher Wirtschaftsstruktur zeigt, dass die drei Grenzprovinzen das niedrigste Pro-Kopf-Einkommen im ganzen Süden aufweisen.¹⁵ So beispielsweise liegen Krabi und Phuket geografisch nur wenige hundert Kilometer entfernt, gehören aber zu den reichsten Provinzen Thailands. Ähnlich schlecht schneiden die drei Provinzen im Vergleich mit den benachbarten Provinzen Songkla und Satun ab. Von den aufwändigen nationalen Entwicklungsprogrammen thailändischer

14 | Vgl. Duncan McCargo, „Introduction: Rethinking Thailand’s Southern Violence“, in: *Critical Asian Studies*, 38 (2006), Nr. 1, S. 3-10, hier S. 10.

15 | Vgl. Aurel Croissant, „Muslim insurgency, political violence and democracy in Thailand“, in: *Terrorism and Political Violence*, 19 (2007), S. 1-18, hier S. 6.

Regierungen haben die Grenzprovinzen kaum profitiert. Nach Angaben des *Deep-South Watch* leben von den ca. 1,3 Millionen muslimischen Bewohnern der drei Grenzprovinzen etwa 470.000 unter der Armutsgrenze.

BILDUNGSSYSTEM

Die wirtschaftliche Unterentwicklung geht einher mit ungleichen Bildungschancen. Sprachliche Barrieren, Diskriminierung, Quoten für Beamten-tätigkeiten und geringe Mobilität tragen zusätzlich zur intellektuellen und beruflichen Abschottung der malaiisch-muslimischen Thais in den Grenzprovinzen bei.

Das vorherrschende Bildungssystem stellt ein doppel-schneidiges Schwert mit Blick auf den Konflikt dar. Zum einen begrenzt es die Zugangsmöglichkeiten der malaiischen Muslime zu Bildungs- und Berufsmöglichkeiten, zum anderen trägt es zur Erhöhung separatistischer Tendenzen bei. Dies steht in engem Zusammenhang mit der komplizierten Struktur der Bildungsinstitutionen im Süden. Neben staatlichen Schulen gibt es staatlich anerkannte islamische Privatschulen sowie die traditionellen Pondoks. Während staatliche Schulen keinen Islamunterricht anbieten, wird diese Lücke durch die staatlich anerkannten islamischen Privatschulen gefüllt, die sowohl Religion als auch das staatliche Curriculum lehren. Staatliche Schulen und ihre Lehre sind allerdings immer wieder Opfer von Anschlägen durch die Separatisten, die diese als Mittel kultureller Assimilation durch den thailändischen Staat verstehen. So schicken viele Muslime ihre Kinder in die Pondoks, die aus der Zeit des Sultanats Pattani stammen und entsprechend als Bestandteil der malaiisch-muslimischen Kultur gelten. Sie finanzieren sich zum größten Teil durch Spenden, u.a. aus dem arabischen Raum. Hinzu kommt, dass eine große Zahl der Lehrer in islamischen Staaten in Südostasien sowie im Mittleren Osten ausgebildet ist.

Die wirtschaftliche Unterentwicklung geht einher mit ungleichen Bildungschancen. Sprachliche Barrieren, Diskriminierung, Quoten für Beamten-tätigkeiten und geringe Mobilität tragen zusätzlich zur intellektuellen und beruflichen Abschottung der malaiisch-muslimischen Thais in den Grenzprovinzen bei.

Die Pondoks, in denen in Jawi unterrichtet wird, einem malaiischen Dialekt mit erweitertem arabischem Alphabet, führen unweigerlich zur Benachteiligung der lokalen

Bevölkerung hinsichtlich der Bildungschancen. Diese Bildungsmängel haben im Zusammenhang mit den hohen Zugangsvoraussetzungen der Universitäten und insbesondere mit den Schwierigkeiten, sich in der thailändischen Sprache auf universitärem Niveau auszudrücken, zur Folge, dass es nur wenige Studierende malaiischer Herkunft gibt. Der *Thailand Human Development Report 2007* gibt die Anzahl der Personen mit einem Universitätsabschluss für Pattani mit sieben Prozent, für Yala mit 6,5 und für Narathiwat mit 4,2 Prozent an.

DRAKONISCHE GESETZE

Die drastischen Sicherheitsvorkehrungen, die nicht selten zur Verletzung von Grund- und Menschenrechten in der Region führen, verstärken das Unrechtsgefühl innerhalb der lokalen Bevölkerung und treiben die unbeteiligten Menschen in die Arme der militanten Aufständischen. Es entsteht ein Teufelskreis, in dem sich Gewalt und Sicherheitsmaßnahmen gegenseitig verstärken.

Thaksin hatte nach der Eskalation der Gewalt im Jahr 2004 das Kriegsrecht ausgerufen, welches 2005 von einem Notstandsdekret abgelöst wurde, das bis heute alle drei Monate verlängert wird. Nach dem Militärputsch wurde 2006 das Kriegsrecht erneut – zusätzlich zum Notstandsrecht – in den drei Provinzen verhängt. Dies stattet die Sicherheitskräfte mit weit reichenden Kompetenzen aus, ohne dass eine zivile Kontrolle gewährleistet ist.

Unter dem Kriegsrecht darf das Militär Verdächtige ohne Haftbefehl für sieben Tage in Gewahrsam nehmen. Das Notstandsrecht wiederum erlaubt es den Sicherheitskräften, Verdächtige bis zu 30 Tage ohne Gerichtsbeschluss zu inhaftieren. Zumeist werden die beiden Sicherheitsgesetze in Kombination implementiert, was zu einer Formel „30+7“ führt. Die Verdächtigen kommen zunächst unter dem Kriegsrecht für sieben Tage und anschließend nach Notstandsgesetz weitere 30 Tage in Untersuchungshaft. Internationale Organisationen wie Amnesty International oder die International Crisis Group weisen immer wieder auf diese prob-

Unter dem Kriegsrecht darf das Militär Verdächtige ohne Haftbefehl für sieben Tage in Gewahrsam nehmen. Das Notstandsrecht wiederum erlaubt es den Sicherheitskräften, Verdächtige bis zu 30 Tage ohne Gerichtsbeschluss zu inhaftieren.

lematische Praxis hin.¹⁶ Die Dramatik willkürlicher Verhaftungen spiegelt sich in Zahlen wider. Bis Mitte 2009 gab es 6.758 Fälle, von denen nur 1.318 zu einem Gerichtsverfahren führten. Zu einem Schuldspruch kam es aber nur in 205 Fällen.

Insgesamt gehören Menschenrechtsverletzungen zum Alltag im Süden. Bekannt sind auch Fälle von gezielten Tötungen. Seit dem Ausbruch des gewaltsamen Konflikts im Jahr 2004 wurde kein einziger Sicherheitsbeamter im Zusammenhang mit Vorwürfen zu Menschenrechtsverletzungen zur Rechenschaft gezogen. Dies wiederum verstärkt den Widerstand gegen den thailändischen Staat und dient vor allem als machtvolleres Mittel zu Rekrutierung von Militanten.

Am 25. Oktober 2004 endete eine Demonstration im Grenzort Tak Bai mit dem Tod von 85 Menschen. Etwa 3.000 Menschen hatten vor der örtlichen Polizeistation für die Freilassung von sechs Mitgliedern einer lokalen „Sicherheitsgruppe“ demonstriert, denen vorgeworfen wurde, Waffen an Militante weitergegeben zu haben.

In das Gedächtnis der lokalen Bevölkerung hat sich insbesondere der Vorfall Tak Bai eingepreßt. Am 25. Oktober 2004 endete eine Demonstration im Grenzort Tak Bai mit dem Tod von 85 Menschen. Etwa 3.000 Menschen hatten vor der örtlichen Polizeistation für die Freilassung von sechs Mitgliedern einer lokalen „Sicherheitsgruppe“ demonstriert, denen vorgeworfen wurde, Waffen an Militante weitergegeben zu haben. Der Protest eskalierte und 1.300 Demonstranten wurden verhaftet. 78 von ihnen erstickten, als sie mit auf den Rücken gefesselten Händen und übereinander gestapelt in Militärtransportern zu einem 130 Kilometer entfernten Militärlager in Pattani gebracht wurden. Inzwischen hat die thailändische Regierung sich für den Vorfall entschuldigt und rund 1,2 Millionen Euro als Entschädigung an die Hinterbliebenen gezahlt. Bis heute musste sich aber niemand für den Zwischenfall und den Tod von 76 Menschen verantworten.¹⁷

Dass das Unrechtsgefühl ein wesentlicher Faktor bei der Zunahme der Gewalt ist, erkannten seit 2006 alle thailändischen Regierungen. In ihren Stellungnahmen steht, dass

16 | Crisis Group Briefing, Thailand: Political Turmoil and the Southern Insurgency, 12-14.

17 | Human Rights Watch, Thailand: „Serious Backsliding on Human Rights“, 20.01.2010.

die mangelnde Gerechtigkeit in den Grenzprovinzen eine der Hauptursachen für die Probleme ist. Allerdings wurden bis dato keine konkreten Schritte zur Verbesserung des Justizsystems unternommen.

DIE REGIERUNG SETZT AUF MILITÄR

Seit der gewaltsamen Eskalation des Konflikts im Jahr 2004 waren fünf verschiedene Regierungen an der Macht. Alle verpflichteten sich rhetorisch zwar einer friedlichen Konfliktlösung, in der Realität wurde aber die Oberhand im Süden den Militärs überlassen. Trotz verschiedener Ankündigungen und Ansätze dominiert nach wie vor die militärische Strategie. Eine ernstzunehmende politische Initiative seitens der thailändischen Regierung ist nicht zu erkennen.

Im Rückblick lässt sich feststellen, dass insbesondere die Regierung Thaksin Shinawatra eine Mitverantwortung für die Eskalation der Gewalt trägt. Die thailändischen Sicherheitskräfte gingen mit äußerster Brutalität und zumeist außerhalb des rechtsstaatlichen Rahmens gegen die Separatisten vor. Es sollen „schwarze Listen“ und Kopfgeld-Praktiken eingesetzt worden sein, die zur Ermordung von vermeintlichen Terroristen geführt haben sollen. Entsprechend verstärkten sich die bereits latent vorhandenen Antipathien der lokalen Bevölkerung im Süden gegenüber der Zentralregierung und dem thailändischen Staat. Unter Thaksin

Im Rückblick lässt sich feststellen, dass insbesondere die Regierung Thaksin Shinawatra eine Mitverantwortung für die Eskalation der Gewalt trägt. Die thailändischen Sicherheitskräfte gingen mit äußerster Brutalität und zumeist außerhalb des rechtsstaatlichen Rahmens gegen die Separatisten vor.

wurde auch die Sonderverwaltung für die Grenzprovinzen, das Southern Border Provinces Administration Centre (SBPAC), aufgelöst, das zwar keine weitgehenden Vollmachten und Ressourcen besaß, aber als Dialogforum von symbolischer Bedeutung war.

Es war aber auch Thaksin, der eine Nationale Versöhnungskommission (NRC) unter der Leitung des früheren thailändischen Premierministers Anand Panyarachun einsetzte, um Vorschläge zur Befriedung der Situation in den drei Grenzprovinzen auszuarbeiten. Der Bericht der Kommission konstatierte selbstkritisch, dass die Maßnahmen der Zentralregierung seit Anfang 2004 die regionale Problematik nicht gelöst haben, vielmehr führten die Militäroperationen zu einer Verschlimmerung der Situation. Die

Kommission regte an, einen ernsthaften Dialog mit den islamischen Kräften zu beginnen. Um der islamischen Bevölkerung entgegenzukommen, wurde vorgeschlagen, sowohl Teile des islamischen Gesetzes als auch Jawi als Amtssprache in den Südprovinzen zuzulassen. Die NRC schlug weiterhin vor, in angemessener Weise auf die kulturelle Identität der Menschen in den Südprovinzen einzugehen. Der Bericht des NRC ging allerdings in den Turbulenzen des innenpolitischen Konflikts unter, der schließlich zum Putsch führte.

Nach dem Militärputsch hat die Übergangsregierung von Surayud Chulanont einige positive Signale gesetzt. Die bedeutendsten davon sind: eine öffentliche Entschuldigung Surayuds für Übergriffe der Armee und eine Kompensation für die 84 Todesopfer der Verhaftungsaktion in dem Ort Tak Bai sowie die Amnestie für alle Angeklagten; die Neuuntersuchung des Massakers in der Kru-Se-Moschee und des Verschwindens von Menschenrechtsanwalt Somchai; die Abschaffung schwarzer Listen von terrorverdächtigen Zivilisten sowie die Anerkennung von Jawi als Arbeitssprache. Darüber hinaus wurde aber auch die Sonderverwaltung (SBPAC), die sich aus Sicherheitskräften, Zivilbehörden und islamischen Würdenträgern zusammensetzt, wiederbelebt. Zu einer signifikanten Verbesserung der Situation kam es allerdings nicht. Zumal auch deshalb, weil die Maßnahmen eher symbolische Bedeutung hatten und nicht auf die Lösung struktureller Konfliktursachen gerichtet waren.

Nach wie vor dominiert der innenpolitische Machtkampf zwischen Anhängern und Gegnern des gestürzten Premiers Thaksin Shinawatra die politische Agenda in Bangkok, was den gewaltsamen Konflikt aus dem Zentrum der Aufmerksamkeit verbannt.

Nach wie vor dominiert der innenpolitische Machtkampf zwischen Anhängern und Gegnern des gestürzten Premiers Thaksin Shinawatra die politische Agenda in Bangkok, was den gewaltsamen Konflikt aus dem Zentrum der Aufmerksamkeit verbannt. Damit rückt die Notwendigkeit, die militärische Strategie durch eine politische abzulösen, in weite Ferne. Experten vermuten auch, dass die Regierungen dem Militär die Kontrolle im Süden überlassen, um dessen Wohlwollen in Bangkok zu sichern.

Der gegenwärtige Premierminister Abhisit Vejjajiva erklärte mehrfach, dass er eine friedliche Konfliktlösung bei Anerkennung der kulturellen und sprachlichen Besonderheiten suche und dass zusätzliche Steuergelder zur Entwicklung des Südens verwendet werden sollen. So wuchs 2009 das Entwicklungsbudget für die südlichen Provinzen um 50 Prozent auf rund 1,3 Milliarden Euro für die nächsten drei Jahre.

Der gegenwärtige Premierminister Abhisit Vejjajiva erklärte mehrfach, dass er eine friedliche Konfliktlösung bei Anerkennung der kulturellen und sprachlichen Besonderheiten suche und dass zusätzliche Steuergelder zur Entwicklung des Südens verwendet werden sollen.

Damit soll die regionale Entwicklung als Lösung für den Konflikt dienen. Dieser Entwicklungsplan sieht die Verbesserung der Lebensqualität und des Familieneinkommens pro Kopf von 64.000 Baht auf 120.000 Baht vor. Darüber hinaus sollen die Sicherheitsmaßnahmen und das Justizsystem verbessert werden. Zu den weiteren Punkten des Plans gehören die Förderung von Versöhnung und friedlichem Zusammenleben, die Verbesserung der wirtschaftlichen Leistung und des Investments sowie der Verwaltungsstrukturen.

Die Gewalt in Südthailand hält an – trotz dieser konstruktiver Initiativen des regierenden Premierministers Abhisit Vejjajiva. Auch wenn die muslimischen Provinzen erheblich mehr staatliche Zuwendungen erhalten als zuvor, verstummt der Ruf nach Selbständigkeit nicht.

WAS WOLLEN DIE SEPARATISTEN?

In den letzten Jahren haben separatistische Gruppen in Südthailand zunehmend eine Politik der Gewalt gegen die thailändische Zentralregierung und ihre Vertreter verfolgt. Dabei praktizieren die radikalen Gruppen eine Guerillataktik mit gezielten Anschlägen auf Institutionen und Personen, die in Verbindung zur Zentralregierung stehen.

In den Südprovinzen Thailands agiert eine Anzahl von Organisationen, die sich im Profil durch ihre gewalttätige, aggressive Haltung auszeichnen. Die größte und aktivste, und laut Thailändischer Regierung auch wichtigste Organisation, ist die Barisan Revolusi National-Coordinate (BRN-C). Zu ihr wird auch die Jugendorganisation Pemuda gezählt. Als operativer Arm der BRN-C gilt die Runda Kumpulan Kecil (RKK). Zu weiteren Organisationen zählen

Gerakan Mujahidin Islam Patani (GMIP) und die Patani United Liberation Organisation (PULO), die in 2009 ein Abkommen zur Vereinigung ihrer Kräfte geschlossen haben sollen. PULO gilt seitdem als politisches Sprachrohr auch für die GMIP. Darüber hinaus soll das Abkommen die Gründung eines gemeinsamen militärischen Armes, der Patani Liberation Army, einschließen.¹⁸

Die Besonderheit der separatistischen Organisationen in den südlichen Grenzprovinzen liegt in ihrer Unfassbarkeit. Es ist nach wie vor unklar, welche der Gruppen in welchem Ausmaß hinter den Anschlägen steckt. Keine der verschiedenen Separatisten-Organisationen hat sich jemals zu einem Anschlag bekannt. Vermutet wird lediglich, dass die BNR-C eine koordinierende Rolle innehaben könnte.

Damit stehen die Sicherheitskräfte einem unsichtbaren Gegner gegenüber. Es gibt keine verlässlichen Informationen über die Führung und Struktur der Organisationen. Experten gehen aber davon aus, dass die Organisationen vor allem in unabhängigen lokalen Zellen agieren. Diese Zellen tauchen ab und zu auf, um koordinierte und parallel stattfindende Anschläge zu verüben. Teroexperten glauben, dass die Führungsriegen der Organisationen nur einen geringen Einfluss auf die einzelnen Widerstandszellen haben. Offenbar hat die Geheimhaltung über die Organisationsstruktur höchste Priorität. Zur Rekrutierung von Militanten dienen nach Erkenntnissen der Sicherheitskräfte insbesondere die religiösen Schulen, die sich der staatlichen Kontrolle entziehen.

Die Besonderheit der separatistischen Organisationen in den südlichen Grenzprovinzen liegt in ihrer Unfassbarkeit. Es ist nach wie vor unklar, welche der Gruppen in welchem Ausmaß hinter den Anschlägen steckt.

Eine weitere Besonderheit der Organisationen ist, dass nie von irgendeiner Seite eine klare Erklärung mit politischen Forderungen abgegeben wurde. Als erwiesen gilt nur, dass die Aufständischen die Unabhängigkeit des einstigen Sultanats Pattani wiedererlangen wollen.

Die Unfassbarkeit ist nach Einschätzung von Analysten gewollt. Die Organisationen hatten mit dieser Strategie bisher Erfolg. Dass niemand für die Anschläge die

18 | PULO and Mujahidin join forces, <http://www.patanipost.com/PM090816.html> [20.05.2010].

Verantwortung übernimmt, habe laut International Crisis Group aber auch mit einer tief sitzenden Angst zu tun: In der Vergangenheit waren Rebellenführer, sobald sie in Gespräche einwilligten und sich zu erkennen gaben, umgebracht worden. Es gibt keine Hinweise auf eine nennenswerte Unterstützung aus dem Ausland. Es wird vermutet, dass die Rebellen sich Waffen und Geld in Thailand selbst verschaffen – durch Überfälle auf Soldaten und Dorfmilizen sowie durch die Erhebung von Steuern in den Gegenden, die sie kontrollieren. Laut den Sicherheitskräften sind die Aufständischen inzwischen in rund 800 der 2.000 Dörfer der Region eingesickert, mehrere hundert kontrollieren sie bereits.

Die unklare Struktur der Organisationen sowie die fehlenden Forderungen stellen eine Herausforderung für mögliche Verhandlungen dar. Die Regierung lehnt zwar jegliche Verhandlung mit den Aufständischen ab, zugleich ist es aber auch nicht klar, ob es Gesprächspartner für Verhandlungen gibt, die die notwendige Autorität mitbringen. Die operativen Anführer des Aufstands scheinen den thailändischen Behörden nicht wirklich bekannt zu sein. Bisher wurde Gesprächsbereitschaft vor allem von im ausländischen Exil lebenden Führern signalisiert. Ihr Einfluss auf die Terroraktionen in der Region wird allerdings als gering eingestuft.

MÖGLICHE ANSÄTZE FÜR EINE POLITISCHE LÖSUNG

Eine kurz- bis mittelfristige Lösung für den Konflikt erscheint unter den gegebenen Umständen nicht realistisch. Die politische Krise in Bangkok überschattet seit 2006 jegliche Diskussion über einen politischen Lösungsprozess im Süden. Entsprechend kann ein politisches Handeln im Süden auch nicht vor der Klärung des „Regierungs-Fiaskos“ in Bangkok erwartet werden. Dennoch gibt es unzählige Debatten im akademischen und zivilgesellschaftlichen Sektor, die durchaus ernsthafte Lösungsansätze für den Südkonflikt hervorgebracht haben.

Die grundlegende Forderung auf dem Weg zu einer Konfliktlösung ist die Notwendigkeit des Dialogs aller beteiligten Konfliktparteien. Es müsste sich die Erkenntnis durchsetzen, dass es nur eine Verhandlungslösung geben

kann. Das schließt nicht nur die Regierung, die lokalen Repräsentanten, zivilgesellschaftliche Akteure und das Militär ein. Allen voran sollte der Dialog darauf ausgelegt sein, die muslimische Bevölkerung und religiöse Repräsentanten mit einzubinden, um gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Experten empfehlen vor allem auch die Einbindung von Repräsentanten von aufständischen Gruppen in den Dialog, um das Gewaltpotenzial zu entschärfen. Von erheblicher Bedeutung ist die Kooperation mit der lokalen Bevölkerung und die Akzeptanz der religiösen und ethnischen Diversität und allen voran der Selbstwahrnehmung der malaiisch-muslimischen Bevölkerung im Süden.

Wirtschaftliche Stimulierungsprogramme, lokale Bildungszentren und hohe Finanzbudgets sind zwar wichtige Bestandteile der Konfliktlösung, jedoch lösen diese allein keinesfalls das Grundproblem, welches rein politischer Natur ist. Daher ist es dringend notwendig, dass die bisher angewandte militärische Strategie durch eine politische ersetzt wird. Ein erster Schritt wäre, eine strikte zivile Kontrolle über das Militär, die der weiteren Eskalation des Konflikts entgegenwirken könnte. Die Kompetenzen des Militärs bezüglich Verwaltungs- und teilweiser Rechtshoheit müssten unbedingt eingeschränkt werden und in einer regionalen zivil-militärischen Kooperation aufgehen. Das Militär sollte seine Rolle als Stabilisator der Situation, nicht aber als Regierung des Südens verstehen und akzeptieren. Premierminister Abhisit hatte 2009 angekündigt, das Militär im Süden zu entkräften, allerdings lassen sich bis dato keine konkreten Maßnahmen dazu erkennen. Hier muss auch festgestellt werden, dass bisherige Versuche der Zivilgesellschaft, Kooperationen und Verantwortung aufzubauen, am Unwillen des Militärs gescheitert sind.

Eine kurz- bis mittelfristige Lösung für den Konflikt erscheint unter den gegebenen Umständen nicht realistisch. Die politische Krise in Bangkok überschattet seit 2006 jegliche Diskussion über einen politischen Lösungsprozess im Süden.

Die von Experten favorisierte Lösung ist die Einführung einer Form von Autonomie oder Dezentralisierung der staatlichen Verwaltung. Eine weitreichende Selbstverwaltung wie sie es bereits in den Städten Bangkok und Pattaya gibt, könnte in der Tat ein wichtiges Element zur Beilegung des Konfliktes sein. Allerdings stellt sogar eine Debatte darüber noch weitgehend ein Tabu in Thailand dar.

Der Wunsch nach einer eigenständigen Form der lokalen Verwaltung im Süden ist so alt wie der Südkonflikt selbst. Die mangelnde Bereitschaft, dem Süden eine Art „autonomen Sonderweg“ zu gestatten, existiert allerdings genauso lang. Auch wenn Premierminister Abhisit gegenwärtig von einer Verwaltungsreform als Konfliktlösungsmechanismus im Süden nicht überzeugt ist, so könnten andere Wege gesucht werden, um eine angemessene Repräsentierung der malaiischen Muslime in der Verwaltungsstruktur im Süden zu gewährleisten. Das im Grunde genommen subsidiäre Modell einer Eigenverwaltung würde für die Bevölkerung im Süden primär eine gerechtere und gleichberechtigte Vertretung ihrer Interessen bedeuten, indem auf spezielle Bedürfnisse der Region von der Region selbst reagiert werden kann.

Die bisherigen Lösungsversuche, die sich zum größten Teil auf Sicherheitsmaßnahmen stützen, haben sich als kontraproduktiv erwiesen. Es besteht eine reale Gefahr,

den Gemeinden die Spannungen zwischen Muslimen und Buddhisten zunehmen. Daher ist es dringend notwendig, dass die Regierung ein politisches Paket schnürt, das den ethnisch-kulturellen Realitäten im Süden Rechnung trägt. Dabei müssten Reformen

Der Wunsch nach einer eigenständigen Form der lokalen Verwaltung im Süden ist so alt wie der Südkonflikt selbst. Die mangelnde Bereitschaft, dem Süden eine Art „autonomen Sonderweg“ zu gestatten, existiert allerdings genauso lang.

nicht nur die Verwaltungsstrukturen, sondern auch das Justiz- und das Bildungssystem umfassen. Eine solche Reform kann aber nur erfolgreich durchgesetzt werden, wenn politische Initiativen mit Beteiligung der Zivilgesellschaft in den südlichen Grenzprovinzen erarbeitet werden.